

Zeitschrift: Freidenker [1908-1914]
Herausgeber: Deutsch-Schweizerischer Freidenkerbund
Band: 5 (1912)
Heft: 11

Artikel: Zivilrechtliches
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-406297>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 08.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

werden, noch gegen die Verteuerung der unentbehrlichsten Lebensmittel, wie die horrende Fleischnot zeigt. In Verwaltung, Heer, Marine, Justiz, Diplomatie werden die Stellen wie seither mit dem Adel besetzt, die Fideikommissen wachsen weiter, die Kirchen werden immer herausfordernder, wie auf Seite der römisch-katholischen Antimodernisten sind, Vorstoß gegen das Jesuitengefetz usw. beweist, auf protestantischer der Fall Salto und Traub und das Vorgehen gegen die Dissidenten. Selbst der eifrigste Anhänger und Verfechter der Sozialdemokratie muß zugeben, daß sich einstweilen in Deutschland alles im wesentlichen so vollzieht, als ob eine sozialdemokratische Partei mit vier Millionen Wählern gar nicht vorhanden wäre. Der Erfolg dieser Partei besteht bis jetzt einzig und allein auf sozialpolitischem Gebiete, wo sie allerdings in bezug auf Arbeiterversicherung, Arbeiterschutz u. dergl. Epochemachendes durchgesetzt hat. Man möchte aber sagen, daß dieser Erfolg mehr ein technischer, als ein an die Wurzel der Gesellschaftsordnung gehender ist. Daneben gilt von der sozialdemokratischen Partei, was man in scherhaftster Weise vom Fürsten Bülow zu sagen pflegte, als er Reichskanzler war: sie verhindert viel. Ohne die starke Sozialdemokratie wäre schon längst am direkten, gleichen und geheimen Wahlrecht zum Reichstag gerüttelt worden, wie auch an der Freizügigkeit, Koalitionsfreiheit usw. und im „Verhindern“ von Reaktionären Anschlägen scheint uns auch augenblicklich die Hauptbedeutung dieser Partei zu liegen. Auch die linksstehenden bürgerlichen Parteien haben alle Ursache, sich über die Stärke der Sozialdemokratie im heutigen Preußen-Deutschland zu freuen, weil es die einzige Partei ist, welche ein praktisches Mittel besitzt, um Neubergriffen der Staatsgewalt über papierene Proteste hinaus wirksam zu begegnen: den Streik. Der Staatsgewalt mit ihrem Millionenheere würde kein Gegen gewicht zu bieten sein, wenn die organisierte Arbeiterschaft nicht da wäre. Darum kann ein Anhänger der linksstehenden Parteien niemals wirklicher Gegner der Sozialdemokratie sein, wenn er auch im einzelnen nicht alles zu billigen vermag, was die Partei lehrt, tut, erfrebt.

Wer sich mit den vielfach so überaus beklagens werten inneren Zuständen Deutschlands befaßt, muß immer wieder auf denselben Punkt zurückkommen und fragen: Womit hängt es zusammen, daß eine Partei mit mehr als vier Millionen Wählern, mit ihrer nie vorher erschauten glänzenden Organisation, straffen Verwaltung, weitverbreiteten flott redigierten Presse, mit ihren starken finanziellen Mitteln und Reserven und gut ausgebildeten Truppen so wenig Einfluß auf die Gestaltung der Dinge in Deutschland gewinnen kann? Man steht dieser Erscheinung etwa so gegenüber wie ein Fremder, dem man in Essen vor ein kleines Häuschen führte, von dem ihm gesagt wird: „Hier wohnt die Familie Krupp.“ Er würde unwillkürlich antworten: „Ja, ist es denn möglich, daß man mehr als siebzigtausend Arbeiter und ein Heer von Angestellten beschäftigt — um in einem solchen Häuschen zu wohnen?“

Auf Parteitagen werden nur selten die Fragen behandelt, welche wirklich an die Wurzel der Dinge gehen — darin hält es der sozialdemokratische Parteitag wie sein Antipode, der Bankertag! Und ebenso wie die Herren Bankiers in München das einzige nicht gesagt haben, was zu sagen sich ver-

lohnnte, nämlich: daß die verfehlte Börsengesetzgebung durch die konservativ-agrarische Mehrheit mit obligatem antisemitischen Einschlag die Privatbankiers und leider auch ihr Gelb definitiv aus Deutschland vertrieben haben, wodurch jetzt chronischer Geldmangel herrscht — ebensowenig hat man in Chemnitz das gesagt, was allein wahren Wert gehabt hätte: „Es klappt etwas nicht bei der Sozialdemokratie in Deutschland, sonst müßte sie noch ganz andere Wirkungen gezeigt haben nach derartigen Wahlerfolgen.“

Uns scheint der Fehler darin zu liegen, daß man immer noch glaubt, die steigende Stimmenzahl bei den Wahlen könne allein der archimedische Punkt werden, von dem aus man die bürgerliche Welt aus den Angeln zu heben vermöchte, während doch die ungeheure Macht Reaktion der in Deutschland in ganz anderem Erdreiche verankert ist! Wenn sich die Führer fragen, ob sie denn auch nur auf dem ureigensten Gebiete der sozialdemokratischen Bewegung, also etwa in der Vergesellschaftung der Produktionsmittel Fortschritte gemacht haben, dann werden sie nachdenklich werden müssen. Trotz der vorzüglich ausgebauten politischen und gewerkschaftlichen Organisation ist ein Fortschritt kaum erkennbar. Was in den großen Dingen unrichtig angepackt worden ist, kann durch noch so glänzende Detailarbeit nicht gutgemacht werden und die gewaltigsten Wählermassen nutzen der Sozialdemokratie ebensowenig, wie dem Deutschen Reich sein mächtiges Heer hilft, wenn schlechte Politik gemacht wird. Ein Beweis: Das siegreiche Deutschland hat es nicht vermocht, wertvolle Kolonien zu erwerben, was dem geschlagenen und in der Volkszahl relativ stark zurückgehenden Frankreich spielend gelungen ist. Um nur einen Punkt herauszugreifen, der unser Urteil über die Politik der Sozialdemokratie erklären soll: Die falsche und verbohrte Taktik bei den vorletzten Wahlen hatte eine so schwache Linke in den Reichstag geliefert, daß die industrifeindlichen Handelsverträge durchgedrückt werden konnten. Durch diese Handelsverträge wurde der Arbeiterschaft in einer Stunde alles geraubt, was sie in dreißigjährigem zähen Kampfe für Verbesserung ihrer Lebenshaltung erkämpft hatte, denn die Lebensmittel wurden im Interesse der Agrarier so sehr teueriert, daß selbst bei erhöhtem Lohn die Lebenshaltung sank, und die Absperrung der wichtigsten Exportländer durch erhöhte Zölle brachte gleichzeitig eine solche Krise, daß die Löhne nur langsam durch unzählige Streiks wieder steigen konnten! Das dies keine Übertreibung ist, erkennt man an der am 17. September a. c. auf dem Chemnitzer Parteitag angenommenen Resolution, in der es heißt:

„Der Parteitag konstatiert, daß der Kapitalismus in der stürmischen Entwicklung der beiden letzten Jahrzehnte zu einer ungeheueren Reichtumsvermehrung der Besitzenden geführt hat, während die arbeitenden Klassen durch die zunehmende Ver teuerung ihrer wichtigsten Bedarfsgegenstände an der Erhöhung ihrer Lebenshaltung gehindert worden und in Gefahr geraten sind, der Kampferrungenschaften ihrer gewerkschaftlichen Organisationen beraubt zu werden.“

Wir sagen aber: eine Partei, die vier Millionen Wähler besitzt und eine solche Entwicklung nicht verhindern kann — muß große Fehler begangen

haben. In diesen Blättern ist stets der Standpunkt verfochten worden, daß der Riesenbaum der Reaktion in Deutschland nur dann gefällt werden kann, wenn das Erdreich zuvor gelockert wird, in dem seine Wurzeln liegen. Das kann aber nur auf dem Wege gelockert werden, daß die Schule von ihren konfessionellen Banden befreit und die in den Kirchen kristallisierte Macht der Verdummung gebrochen wird, denn die Schule ist es, welche den konservativen Parteien und dem Zentrum die Truppen liefert, die alle Kämpfer auf der bürgerlichen Linken wie auch in der sozialdemokratischen Partei regelmäßig mattsetzen. Es ist wirklich ein Jammer, mitanzusehen, wie die Sozialdemokratie von dem einzigen Mittel nichts wissen will, das Erfolg in dem Ringen der Reaktion in Deutschland verspricht: dem Kampfe gegen die von der Staatsmacht auf Leben und Tod unterstützten Kirchen! Auf dem Chemnitzer Parteitag sind wieder alle Anträge der weiter schauenden Genossen, welche den Kampf gegen das Kirchentum aufnehmen wollten, glatt unter den Tisch gefallen! Kenner der Dinge haben dies natürlich gar nicht anders erwartet. Man brauchte nur beispielsweise den Artikel des Karlsruher „Volksfreund“ über „Sozialdemokratie und Religion“ gelesen zu haben, um die Geister richtig einzuschätzen, welche sich an den Programmpunkt „Erklärung der Religion zur Privatsache“ anklammern wie ein Ertrinkender an eine Rettungsplank. Der Grundfehler des sozialdemokratischen Vorgehens besteht eben darin, daß man durch Ignorierung des religiösen Gebietes („religiös“ in dem Sinne, wie beispielsweise auch die am Grabe des heiligen Bonifacius sich versammelnden Bischöfe meinen, sie betätigten sich „religiös“) auch die Volksteile unter ihre Fahnen zu sammeln hofft, welche noch an den altüberkommenen religiösen Gedankengängen festhalten. Um dieses „Einsengerichtes“ willen verkauft die Sozialdemokratie in Deutschland ihr Erstgeburtsrecht und muß sehen, daß alle ihre Anstrengungen, die Reaktion im theokratischen Staate (Preußen! Bayern!) zu brechen, vereitelt werden!

Nicht durch Politik allein, wie heute noch die Sozialdemokratie in Deutschland glaubt, wird das Mittelalter in unserem Vaterlande überwunden werden. Es ist hocherfreulich zu sehen, daß diese Ansicht offenbar „auf dem Marsche“ ist. Nicht ohne Grund ist der Zugang der Intelligenz und der Ideologen im besten Sinne zur Sozialdemokratie immer mehr zurückgegangen, während die Bewegungen, welche Kulturprogramme propagieren, jetzt alle diejenigen energisch anziehen, die vor zehn Jahren noch aus Begeisterung zur Sozialdemokratie gegangen wären. Auch die wachsende Kirchenausstrittsbewegung zeigt, welche Stunde es geschlagen hat.

Schade, unendlich schade, daß so viel unerlässliche Zeit verloren werden muß, bis der Parteitag kommen wird, an dem sich die Sozialdemokratie auch mit den Fragen eingehend befaßt, von deren Lösung die Zukunft Deutschlands in Wahrheit abhängt — mehr abhängt als von allen Dingen, über die in Chemnitz diskutiert worden ist!

Zivilrechtliches.

Das uneheliche Kind in der Schweiz. Am 1. Januar 1912 ist das neue schweizerische Zivilgesetzbuch in Kraft getreten, das für die Frauen der ganzen Welt von großem Interesse ist, weil

es neue Bestimmungen über die Pflichten des Vaters gegen das uneheliche Kind enthält. Früher hatte jeder Kanton seine eigenen Bestimmungen, die manchmal außerordentlich hart waren und meist die uneheliche Mutter um jede materielle Unterstützung durch den Vater gebracht hat. Das neue Gesetz aber räumt dem unehelichen Kind viel größere Rechte ein. Es kann der Vater nicht nur zur Unterhaltungspflicht gezwungen werden, die in der Schweiz bis zum 18. Jahr dauern wird, es kann auch, wenn der Mann der Mutter die Ehe versprochen hat, die Anerkennung des Kindes verlangt und durchgesetzt werden. Das heißt, der Vater muß dies Kind als sein Kind anerkennen, und das Kind erhält den Namen des Vaters und muß nach dem Stand des Vaters erzogen werden. Ist der Vater reich, so muß er das Kind in den selben Verhältnissen aufziehen, in denen er lebt. Das Kind bekommt auch an die Verwandten des Vaters dieselben Ansprüche, wie die ehelichen Kinder, auch in erbrechtlicher Beziehung. Das gilt allerdings nur, wenn der Mann ledig ist, ist er verheiratet, so genügt die materielle Unterstützung des Kindes.

Die Klage kann bereits vor der Niederkunft eingereicht werden, muß aber vor Ablauf eines Jahres überreicht werden. Die Rechte des Kindes werden auch durch keinen Vergleich berührt, der zwischen Vater und Mutter geschlossen wird.

*

Auch in Frankreich wurde endlich ein Gesetz angenommen, das jenen berüchtigten Paragraphen des napoleonischen Gesetzbuches auslöscht, der bisher den unehelichen Vater jeder materiellen Unterstützung des unehelichen Kindes entzogen hat. Es durfte nicht einmal nach diesem unehelichen Vater geforscht werden. Dieses Gesetz hat aber zwei Bestimmungen, die nicht geeignet sind, das Gesetz zu verbessern. Einmal gilt es in Algier bei Ausländern nur dann, wenn wenigstens ein Teil französischer Staatsbürger ist oder zu den Ausländern gehört, die den Staatsbürgern gleichgestellt sind.

Außerdem kann das Zivilgericht, ohne daß es die Staatsanwaltschaft beantragt, auf ein bis fünf Jahre Gefängnis erkennen, wenn die Elägerin in schlechtem Glauben gehandelt hat. Es würde also nicht wie bei sonstigen Erpressungen eine genaue Untersuchung notwendig sein, sondern die Erkenntnis des Gerichts würde genügen, die uneheliche Mutter in den Kerker zu bringen. Das ist gerade hier eine zweizähnige Bestimmung, die für die uneheliche Mutter eine große Gefahr bildet.

*

Uneheliche Kinder in Russland. Das reaktionäre Russland geht den europäischen Staaten in der rechtlichen Besserstellung des unehelichen Kindes voran, wahrscheinlich veranlaßt durch die hohe Sterblichkeitsziffer der illegitimen Säuglinge und die erschreckende Zahl der Kindesmorde in Russland.

Das Wesentliche an dem neuen Gesetze, das lange vorbereitet und endlich angenommen wurde, besteht in der rechtlichen Gleichstellung des natürlichen Kindes mit dem ehelichen. Danach hat also der Vater die Unterhaltungspflicht für Mutter und Kind nach Maßgabe seiner Vermögensverhältnisse. Er hat für die unehelichen Kinder bis zur Großjährigkeit zu sorgen, und bei seinem Tode ist das illegitime Kind ebenso Erbe wie das eheliche. Dazu wird die Ausschließung der unehelich Geborenen von Staatsämtern aufgehoben. „Neue Generation“.

Ausland.

Deutschland. Dr. Arthur Pfungst. Am Morgen des 3. Oktober ist einer unserer Besten Dr. Arthur Pfungst (Frankfurt a. M.) im besten Mannesalter von einem plötzlichen Tode dahingerafft worden, — mitten auch aus seiner freigeistigen Werbe- und Schaffenstätigkeit. Er war kaum heimgekehrt von den Tagen der Berliner „Konferenz über sittliche Willensbildung in der Schule“, hatte zuvor noch den Monistentag und dem Internationalen Freidenker-Kongreß in München in aller Lebensfrische und Latenfreude bewohnt.

Neben seinen geschäftlichen Obliegenheiten, widmete sich Arthur Pfungst ganz der kraftvollen Förderung aller freigeistigen und Kulturbestrebungen. Fast allen größeren freigeistigen Körperschaften gehörte er als Führer und Mitarbeiter an. Der von ihm begründete und mit großer Opferfreudigkeit zu respektabler Bedeutung gebrachte „Neue Frankfurter Verlag“ und die Halbmonatsschrift „Das Freie Wort“ dienen ganz der Vertiefung und Ausbreitung freier, menschenwürdiger Lebenskunst.

Der Schmerz über Pfungst's allzu frühes Scheiden wird alle einen, die ihn kannten. Das weise menschenfreudliche Streben, das auch einen großen Teil seines Lebensglückes bedeutete, hält sein Andenken wach über den Tod hinaus.

Italien. Provokierende Haltung des Vatikans. Wie der „Avanti“ erfährt, wird der Papst den Erzbischof Caron, dem die italienische Regierung wegen seiner intranxigenen Gesinnung das Exequator verweigert hat, zum Kardinal ernennen. Dieser Schritt ist zweifellos als eine Provokation des Vatikans aufzufassen. Gleichzeitig soll auch der Erzbischof von Padua, einer der rücksichtslosen Vertreter der weltlichen Herrschaft des Papstes, mit dem Kardinalshut bedacht werden. Der Vatikan nimmt, in Erwartung der Parlamentswahlen mit alleinem Wahlrecht, eine unverhohlene Kampffstellung ein und wirft der Regierung ganz offen den Fehdehandschuh hin. Das kann den Vorteil haben, einen liberal-klerikalen Kuddelmuddel im nächsten Wahlkampf zu verhüten.

Schweden. Eine Priesterfabrik auf Aktien. Noch immer werden einige Pfarrer besser bezahlt als die Arbeiter des Absfuhrwesens, wahrscheinlich, weil sie mehr Hosen auf der Schulbank durchdrückten als ihre anspruchslosen Menschenbrüder, die mit der Beseitigung von Schlacken und Abfällen der verschiedensten Art mindestens soviel gesellschaftlich wertvolle Arbeit verrichten, wie ihre Kollegen von der staatlichen Seelenreinigungsanstalt. Das wird auch nicht ändern, wenn Staat und Kirche getrennt sind. Aber besser und gerechter wäre es immerhin, wenn die Kultusausgaben allein von den Bürgern bestritten würden, die bei der Aussprache mit dem lieben Herrgott einer gescheiterten oder tonsierten Mittelperson nicht glauben entraten zu können.

Schweden hat zwar noch die Staatskirche, es zeigt uns aber, auf einen wie klaren, aller idealistischen und transzendenten Maskierung freien Boden oder später der lieben Gott, der ja wohl die Sache so gewollt hat, sonst wäre es nicht dahingekommen, die Verkünder seiner Güte und Weisheit allgemein stellen wird. Die Stockholmer Blätter brachten dieser Tage wieder folgende Annonce:

„Die Aktiengesellschaft „Lutherischer Kirchenverband“ ist nun konstituiert. Die Gesellschaft hat den Zweck, dem herrschenden Priestermangel in der lutherischen Kirche abzuholzen durch Errichtung einer Theologischen Lehranstalt zur Ausbildung von Priestern. Das Aktienkapital soll 150,000 Kronen, verteilt auf Aktien zu 100 Kronen, betragen usw.“

Es ist zu bemerken, daß die lutherische Kirche die schwedische Staatskirche ist und daß es sich hier um eine Priesterfabrik der orthodoxen Richtung handelt, womit aber die an sich gute Idee, eine Rohstofffabrik für Volksverbesserung auf Aktien zu begründen, nicht etwa verkleinert werden soll.

Schweiz.

Solothurn. Wieder ein katholischer Geistlicher als Tugendheld. Aus Olten wird berichtet, daß der römisch-katholische Geistliche und christlichsoziale Pfarrer von Trimbach, Sulzberger, von Bischofe wegen Vergehens gegen die Sittlichkeit seines Amtes entzogen wurde.

Wadst. Hygiene und Gottvertrauen. In den „B. N.“ lesen wir: „Die Versammlung der Gemeindeangehörigen der Kirchengemeinde St. Pierre in Lausanne beschloß nach Antrag der Mehrheit des Kirchenvorstandes mit 66 gegen 41 Stimmen Einführung des Einzelkelches bei der Kommunion, doch so, daß daneben auch der gemeinsame Kelch benutzt wird. Eine weitere Versammlung wird über die äußere Gestaltung der zweispurigen Feier zu beschließen haben. — Und als er den Kelch genommen und Dank gesagt, gab er ihn den Jüngern, sprechend: Trinkt alle daraus!“ Matth. 26,27. Bei dem hygienisch gereinigten Abendmahl der Kirchengemeinde St. Pierre wird der Geistliche die Worte der Abendmahlsschrifturkunde schon etwas variieren müssen. Immerhin, man kann es den braven Bürgern von St. Pierre nicht verdenken, wenn ihr Vertrauen zur Hygiene größer ist als ihr Gottvertrauen.

— Pfäffische „Seelsorge“. In einer Kirche in Lausanne entdeckte die Polizei eine Abführbrennerei; die Apparate und Fabrikate wurden konfisziert und der Besitzer verhaftet.

Der Internat. Freidenkerbund von 1910 bis 1912.

Bericht des Generalsekretärs.*

Der Internationale Freidenkerkongreß in Brüssel, im August 1910, hatte Brüssel zum fernernen Sitz des Bundes bestimmt, und bei der vom belgischen Generalrat vorgenommenen Wahl des Bureaus waren die Amtier folgendermaßen verteilt worden: Präsident, Hector Denis; Vizepräsidenten: Leon Fournémont und Georges Lorand; Generalsekretär, Eugène Hins (Adresse: 350 Chaussée de Bréval); Sekretär der Sitzungen und Schatzmeister, Jean Dons (115 Rue St. Bernard); Mitglieder: Melanie Janssens, Honzéau de Lehaye, Eugen Monseur, Emile Royer, Modeste Terwane.

Kaum konstituiert, sah sich der Generalrat des Internationalen Bundes veranlaßt, in folgender Sache vorzugehen:

Infolge einer Rede Rathans, des Bürgermeisters von Rom, am 20. September, hatte der zweite

* Aus dem Französischen übersetzt von E. Vogtherr, Wernigerode.